

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1919**

169 (25.7.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-83883](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-83883)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochzeitung, Donnerstagsheft), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post frei ins Haus 4.62 Mark; zweimonatlich 2.80 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.08 Mark; einmonatlich 1.40 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.54 Mark. Einzelnummern 10 Pfennig. Probeummern acht Tage gratis u. franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 30 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 40 Pfennig, für die Restanmeldung 1.00 Mark. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Anzeigen bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telefonische Anzeigenannahme schließt jedes Nationalanstands aus.

Zu Hause von höherer Gewalt, Straft, Excess, Kastration, Wahnwahn, Verwirrung in unserem eigenen Interesse oder denen unserer Mitmenschen haben der Verleger und Verleger keine Ansprüche, falls die Zeitung verpöht, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint.

Nr. 169.	Hauptredaktion: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5, Postfach-Kontor: Hannover 7908.	V e r t a, Freitag, 25. Juli 1919.	Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: W. Barelmann, Achternstraße 51. Fernsprecher 1032.	86. Jahrgang.
----------	---	------------------------------------	---	---------------

Die Programmreden der Reichsregierung.

Der große Tag.

Weimar, 23. Juli.

Mit großer Spannung hat man in parlamentarischen Kreisen dem heutigen Tage entgegengefeuert an dem wüßte die neue Regierung ihre Erklärungen machen würde. Schon lange vor Beginn der auf 10 Uhr anberaumten Sitzung ist der Saal dicht besetzt. Das gesamte Kabinett ist erschienen. Bauers Manifest ist ziemlich umfangreich, seine Rede durchgearbeitet, allerdings bringt sie nicht viel Neues. Die Gedanken, die darin entwickelt werden, sind im wesentlichen die gleichen, wie sie das vorhergegangene Kabinett Scheidemann vertrat. Mit den Deutschnationalen geht Bauer in ein strenges Gericht. Er wirft ihnen antirevolutionäre Werte vor, die im Widerspruch mit dem Willen des demokratischen Volkes ständen. Diese Vorwürfe werden natürlich bei der angegriffenen Partei Entkräftung, der Oppositionsgeist ist erwidert und mehr als einmal drallt lauter Widerspruch durch den Saal. Auch die Unabhängigen müssen manche Anklagen über sich ergehen lassen, doch verhalten sie sich ihnen gegenüber ziemlich gleichgültig. Auf die übrigen Parteien macht Bauers Vortrag sichtlich Eindruck, besonders das, was er über die Reformen auf innerpolitischen Gebieten sagt, rüst allseitigen Beifall hervor. Als Bauer nach anderthalb Stunden geendet hat, bricht ein lauter Beifallssturm bei der Mehrheit des Hauses aus. Als die äußerste Rechte und die äußerste Linke gemeinsam durch Juchzen ihren Anwesen funken wollen, schlägt das Haus, jeder parlamentarischen Sitze entgegen, wiederholt und lange Beifall mit den Händen.

Dem Ministerpräsidenten folgt der Außenminister Müller. Seine Rede rüst beim Hause noch größere Aufmerksamkeit hervor. Müller faßt auf den Minister gerichtet, der gegenwärtig den schwebendsten Posten im Reich bekleidet. Ein Widerspruch gegen Müllers Ausführungen macht sich nur bei der Rechten bemerkbar, dafür jedoch aber die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Parteien ihm unumwunden zustimmen. Insbesondere die Gedanken über den Föderalismus erwecken reichen Beifall. Der Schluss der Rede wird mit dem gleichen Kundgebung ausgenommen, wie bei Bauer. Rechts und links lebhaftes Juchzen, bei der Mehrheit stürmischer Beifall.

Zu einer Aussprache kommt es heute nicht mehr, diese ist vielmehr den beiden nächsten Tagen vorbehalten. Man darf ohne Überbetreibung sagen, daß die heutigen beiden Ministerreden der Auftakt zu der großen politischen Aussprache unter den Parteien sind, wobei es nach allem, was man aus parlamentarischen Kreisen hört, zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und der Regierung und ihrer Mehrheit kommen dürfte. Die Rechte hat seit Wochen auf die politische Aussprache gedrängt. Sie darf sich freuen, daß die Arbeiterpartei, die in den nächsten Tagen gehalten wird, eine sehr gründliche sein wird.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 23. Juli 1919.

Am Regierungstische Bauer, Erzberger, Schilde und Schmidt.
Präsident Freybauch eröffnet die Sitzung um 10.25 Uhr.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist eine Erklärung der Reichsregierung.

Ministerpräsident Bauer:

Meine Damen und Herren! Sie haben vor 14 Tagen unter dem Wog der Weltlage den Friedensvertrag ratifiziert. Damit ist eine Epoche abgeschlossen, die den gewaltigen Aufstieg Deutschlands und seinen tragischen Zusammenbruch umschloß. Auch diejenigen, die im alten Reich in der schärfsten Opposition standen, haben in diesem Augenblicke von manchem Abschied nehmen müssen, was ihnen teuer und wert gewesen ist. Aber das Leben geht weiter. Selbst der Abschiedsfeier muß für jeden Einzelnen ein Ansporn sein, mit beiden Händen bei der Aufgabe zuzufassen, unter der sich heute die Zukunft darstellt: bei der Erfüllung, bei der Wahrung und schließlich bei der Revision des Vertrages von Versailles.

Der bitterste Augenblick muß uns Veranlassung geben, die Bilanz unserer Lage zu ziehen, mehr aber noch, die zukünftige Marktschranke zu bestimmen, die für die deutsche Republik sich ergibt. Ich lasse daher die Bergangenheit, lasse die Abrechnung über die Schuld beiseite, das alles so getommen ist, und lasse den unveränderlichen Bestand

gegen die Bergewaltigung beiseite. Denn nun gilt es, nach vorn zu sehen und Bild und Schrift vorwärts zu rücken. Arbeit an der Erfüllung des Vertrages und Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Volkes, unsere geräumtesten Wirtschaft, unseres schmerzgefährdeten stillen Bedarfs, all das muß mit den gleichen Mitteln auf dem gleichen Boden gelöst werden. Die Revolution hat uns freie Bahn geschaffen, aber es war die freie Bahn, wie sie die Vernichtung auf einem Schlachtfelde schafft. Acht Monate sind selber ins Land gegangen, größtenteils den Aufräumungsarbeiten gewidmet, aber auch dem Ausbau des neuen Staatshauses, das Sie in diesen Tagen durch die

Annahme der neuen Verfassung krönen werden. Damit ist die demokratische Republik unter Dach und Fach, damit hat die Deutsche Nationalversammlung den ersten großen Teil ihrer Aufgaben gelöst.

Es verdient festgehalten zu werden, daß die Herren der äußersten Rechten gerade diesen Augenblicke, der das Hohenzollernsche Kaiserreich auf immerwiedersehen zu den Toten legt, dazu benutzt haben, die Wiederherstellung der Monarchie der Hohenzollern als ihren ersten Programmpunkt zu erklären. Daß sie die Revolutionsregierung für diesen Frieden verantwortlich machen, nachdem das Kaiserreich in unseliger Wachtverblendung den Krieg und damit von vornherein den Frieden verloren hatte, daß sie der heutigen parlamentarischen Regierung den Kampf anlagen bis aufs Messer, all das ist uns nichts Neues. Wir sind zum Kampf gerüstet, auch zum Kampf gegen Geschichtsfälschung. Ich verzichte darauf, die

demokratischen Erzeugnisse

der letzten acht Monate aufzuzählen. Kein anderes Volk kann sich stolz seiner Demokratie rühmen. Ganz sicher ist noch das Eine oder das Andere zu tun und zu besser. Wir müssen die Kräfte im Volk schaffen und ausbilden, welche die Demokratie, soweit sie noch auf dem Papier steht, ins Leben übertragen. Dies Schaffen und Ausbilden muß ab anfangen, wo der wahre Mensch selbst anfängt, in der Schule, in der Erziehung. Wir müssen die Waffen der Bildung und der Kenntnisse an das Volk verteilen, das ist die einzige Befähigung des Proletariats, die uns den Sieg für unser ganzes Volk verbürgt. Mit Gesamtschulen ist seine Entwicklung zu fördern. Wir müssen wieder Respekt vor Sachkenntnis und Erfahrung bekommen, wir müssen jedem Befähigten die Erwerbung dieser Sachkenntnis und Erfahrung möglich machen, damit die Demokratie in der deutschen Republik keine Außersichtlichkeit, sondern der Geist des Volkes werde.

Meine Damen und Herren, das sind Binsenwahrheiten, aber sie sind uns in der Verwirrung dieser Zeit fast verloren gegangen, wo viele in der leicht erworbenen Mitgliedschaft einer Partei das Anrecht auf eine Führerschaft erblicken, ja, wo ganze Parteien, trotzdem sie die Minderheit darstellen, das Recht auf eine Diktatur ihrer Mitglieder über die Mehrheit des Volkes proklamieren. Die Herren

Unabhängigen

sind es, die die Diktatur des Proletariats als die politische Notwendigkeit der nächsten Zeit anpreisen. Was die Unabhängigen wollen, wäre nicht einmal eine Klassenherrschaft, sondern die Zwangsherrschaft eines Teiles einer Klasse. Aber mit der überaus großen Mehrheit des Volkes lehnen wir jede Diktatur als ein brutales, giftiges und unangenehmes Mittel aus Entschieden ab.

Meine Damen und Herren, eine Revolution der Experimente, dazuhin der mißglückten Experimente, das mache ich nicht mit! Auf der anderen Seite sind wir auch nicht ängstlich vor jedem Wagnis. Aber Kühnheit, aber den Verhältnissen und Bedürfnissen angepaßte Fortschritt trägt sein ureigenes Tempo in sich, das sich genauso nicht ändern läßt, ohne Rückschlüsse heraufzubeschwören. Wer dies Tempo übermäßig beschleunigt, ist kein Bahnbrecher der Revolution, sondern ein Schritt-macher der Reaktion. Er zerstückt die wirtschaftlichen Grundlagen der Allgemeinheit, er weckt die Wut, den Widerstand und schließlich die Gegenrevolution.

In diesem Zusammenhang ein Wort zu den wilden Streiks,

die seit Wochen rings um uns aufsteigen, abflauen und plötzlich wieder losbrechen, und das in einem Augenblicke, wo Nationalversammlung und Regierung mit der Zustimmung der großen Volksmehrheit ihr Wort für die Erfüllung des Friedensvertrages nach Kräften verpfändet haben. Was

sind denn diese Streiks anderes als unblutige Kämpfe, die der Mehrheit der Bevölkerung und gerade dem arbeitenden Volk durch ihre Störung der Nahrungsmittelversorgung mehr unblutige Wunden schlagen und mehr Schäden zufügen, als je ein Streikstempel.

Nun haben alle die Berufsgruppen, die in den letzten Wochen durch Streiks die wirtschaftliche Existenz in Frage gestellt haben, empört jede Behauptung zurückgewiesen, als handle es sich bei ihnen um politische Kämpfe. Es ist selbstverständlich und eine Regierung, die in ihrer großen Mehrheit aus Sozialdemokraten besteht, wird es am allermeisten leugnen: die breiten Volksmassen haben Grund zur Unzufriedenheit. Die Unruhe in unserer Arbeiterschaft ist nicht auf Streikstempel und nicht auf Arbeitseifer zurückzuführen. Der würde am allerlehten Abhilfe schaffen können, der nicht den berechtigten Kern in dieser Streikbewegung zu erkennen vermag. Auf der einen Seite Berufsgeist und ziellose Verschwendung, ein Bräusen dank einem sinnlos verteuerten Schießpulver und Verschwendung von Vermögenswerten. Auf der anderen Seite, trotz aller Erhöhungen immer noch Löhne, die kaum noch zum Bezug der rationierten Lebensmittel ausreichen. So stellt sich nun greifen sie zu dem einzigen Mittel, das nicht befeuert, sondern nur verschlimmern kann: zum Streik! Auf weissen Anraten? Wer hat zum mindesten nicht aberglaublich, nicht vor den Folgen gewarnt? Meine Damen und Herren, nicht nur einzelne Vorgänge berechtigen uns, von frevelhaftem Mehrmaß zu sprechen, den kommunalistischen und andere Drahtzieher mit der Arbeitern, mit ihren berechtigten Forderungen, mit all diesen wilden Streiks getrieben haben. Die akademische Anerkennung von der Lorbeer der Putschstätt nicht gar nichts. Hier sind ja Putsch, hier werden ja Putsch veranlaßt. Nicht am Maßstabgewehr erkennt man den Putsch, sondern an seiner Gefahr für das allgemeine Volksleben, an seinem Willen, genauso eine Umgestaltung herbeizuführen. Die Meinen Damen und Herren! Ein Wort zu der vielbesprochenen

Planwirtschaft.

Das Kabinett hat diese Zwangsartikulation aller Zweige der Wirtschaft abgelehnt, die sozialdemokratischen Mitglieder vor allem, weil sie in der Planwirtschaft die erste Gefahr für die nötige Durchführung des Sozialismus sehen! Die Regierung will die Zwangsjahre der Kriegsgesellschaft nicht gegen eine neue, für den Frieden zusehensichere verwechseln. Die Reichsregierung hat sich zur verfassungsmäßig und gesetzlich festgelegten Schaffung von Betriebsräten und von Bezirkswirtschaftsräten, die in einem Wirtschaftsminister ihre Spitze finden sollen, entschlossen. Die Regierung konnte sich nicht entschließen, diese zukunftsreichen Organisationen von unten herauf durch eine beherrschende Reglementierung von oben herunter ihrer Aufgabe und ihres Einflusses zu berauben. Aber weiter: die Regierung hat den Vertrag von Versailles vor allem der Erhaltung der Reichseinheit wegen unterzeichnet. Diese wäre aber — das wird mir das hohe Haus befehlen — aufs erste gefährdet, wenn wiederum von Berlin aus zentralistisch und beherrschend das ganze Wirtschaftsleben eingegängelt würde.

Während der Rede der Kriegsgesellschaft

gehen; die Kriegsgesellschaften sind aus der Not der Blockade geboren, die Aufhebung der Blockade muß ihr Ende herbeiführen! Für unsere fünfjährige Wirtschaftspolitik werden drei Gebote richtiggehend sein: 1. Sozialisierung, soweit als möglich, und teilweiser neue Erfindungen für die fünfjährige durchgehende Sozialisierung. 2. Sicherstellung des Bedarfs der Minderbemittelten an Nahrung und Kleidung. 3. Fernhaltung überflüssiger Luxuseinkäufe. Die untere Zahlungsmittel verschärfen müßte, und überhaupt jeder Einfluß, die unteren Arbeitsmarkt ungünstig beeinflussen würde. In den Grenzen dieser drei Gebote aber Freiheit der Wirtschaft, Heranziehung jeder Initiative und jeden Rechts, Dezentralisation der Mitarbeit an der Aufführung unseres wirtschaftlichen Lebens. An der Spitze aller Bemühungen, die Notlage zu bessern, muß natürlich die

Ernährungsfrage

stehen. Die Reichsregierung hat bereits 1,5 Millionen ausgenommen, um eine Verbilligung der ausländischen Lebensmittel herbeizuführen. Auf eine Rationierung der wichtigsten Bestandteile der Volksernährung und der Raftsoerzorgung werden

Stromerzeugungsanlagen

(über 5000 Kilowatt), soweit sie nicht bereits formvollständigt oder im Besitz der Freistaaten sind, sowie die Hochspannungsleitungen (über 50 000 Volt) in den Besitz des Reiches übergeführt werden. Ein weiteres Gesetz, das die Braunkohlenezeugung sozialisieren soll, hoffen wir binnen kurzem zur Vorlage reif zu machen. Damit werden den zwei Wirtschaftszweigen von kaum zu unter-

schöpfender Bedeutung in den allgemeinen Überführt. Was es bedeutet, wenn die Gesamtheit die Kraftquellen in der Hand hält, ohne die fast kein Reichsfinanzminister hat ihnen keine Pläne mitgeteilt. Das Reichsoberhaupt und die Umfassung ist bereits dem Staatensauschluß zugegangen, der Entwurf einer Reichsabgabenordnung folgt dieser Lage. Getrübt werden soll diese neue, von sozialer Gerechtigkeit getragene Steuererhebung durch eine

Reichseinkommensteuer,

die durch das ganze Reich gleichmäßig veranlagt werden soll, und die ihrerseits wiederum notwendigerweise zur Schaffung einer Reichsfinanzverwaltung führen wird. Damit rüst die Finanzgesetzgebung im weitesten Umfang in den Händen des Reiches. Die Verfassung schafft die Reichseinkommensteuer. Die Sozialisierung von Elektrizität und Braunkohle, der bald der übrige Bergbau folgen soll, macht das Reich zum wichtigsten Faktor des Wirtschaftslebens! Mit diesen drei Machtmitteln ist im demokratischen Staat die Mehrheit des Volkes jederzeit in der Lage, dem deutschen Wirtschaftsleben die Form und den Inhalt zu geben, den sie für richtig und möglich hält. Das Reich ist niemandem gegenüber, sei es die Großindustrie, sei es sonst ein Konzern, in Zukunft machtlos. Damit ist in der Tat die Zeit der gewaltigen Umwälzungen für jeden demokratisch Denkenden abgeschlossen. Wenn das Volk in die Regierung eintritt, der kann sein Wirtschaftsideal verwirklichen, soweit sich Ideale verwirklichen lassen, ohne einen nennenswerten Hindernisse befehlen zu müssen! Wie wir den uns gewordenen Auftrag des Volkes erfüllen wollen, das zeigt Ihnen die Tatsache, daß wir diesen Zustand herbeigeführt haben oder ihn ehestens auch durch Schaffung zweideutiger Monopole herbeiführen wollen. Nach den politischen werden wir auch die wirtschaftlichen Schicksalsbestimmungen in die Hand des Volkes selbst legen.

Meine Damen und Herren! Ein Wort zu der vielbesprochenen

Planwirtschaft.

Das Kabinett hat diese Zwangsartikulation aller Zweige der Wirtschaft abgelehnt, die sozialdemokratischen Mitglieder vor allem, weil sie in der Planwirtschaft die erste Gefahr für die nötige Durchführung des Sozialismus sehen! Die Regierung will die Zwangsjahre der Kriegsgesellschaft nicht gegen eine neue, für den Frieden zusehensichere verwechseln. Die Reichsregierung hat sich zur verfassungsmäßig und gesetzlich festgelegten Schaffung von Betriebsräten und von Bezirkswirtschaftsräten, die in einem Wirtschaftsminister ihre Spitze finden sollen, entschlossen. Die Regierung konnte sich nicht entschließen, diese zukunftsreichen Organisationen von unten herauf durch eine beherrschende Reglementierung von oben herunter ihrer Aufgabe und ihres Einflusses zu berauben. Aber weiter: die Regierung hat den Vertrag von Versailles vor allem der Erhaltung der Reichseinheit wegen unterzeichnet. Diese wäre aber — das wird mir das hohe Haus befehlen — aufs erste gefährdet, wenn wiederum von Berlin aus zentralistisch und beherrschend das ganze Wirtschaftsleben eingegängelt würde.

Während der Rede der Kriegsgesellschaft

gehen; die Kriegsgesellschaften sind aus der Not der Blockade geboren, die Aufhebung der Blockade muß ihr Ende herbeiführen! Für unsere fünfjährige Wirtschaftspolitik werden drei Gebote richtiggehend sein: 1. Sozialisierung, soweit als möglich, und teilweiser neue Erfindungen für die fünfjährige durchgehende Sozialisierung. 2. Sicherstellung des Bedarfs der Minderbemittelten an Nahrung und Kleidung. 3. Fernhaltung überflüssiger Luxuseinkäufe. Die untere Zahlungsmittel verschärfen müßte, und überhaupt jeder Einfluß, die unteren Arbeitsmarkt ungünstig beeinflussen würde. In den Grenzen dieser drei Gebote aber Freiheit der Wirtschaft, Heranziehung jeder Initiative und jeden Rechts, Dezentralisation der Mitarbeit an der Aufführung unseres wirtschaftlichen Lebens. An der Spitze aller Bemühungen, die Notlage zu bessern, muß natürlich die

Ernährungsfrage

stehen. Die Reichsregierung hat bereits 1,5 Millionen ausgenommen, um eine Verbilligung der ausländischen Lebensmittel herbeizuführen. Auf eine Rationierung der wichtigsten Bestandteile der Volksernährung und der Raftsoerzorgung werden

schon einschließen nicht verzichten können. Bei dem allgemeinen Abbau der Kriegsgesellschaft soll einzig und allein darauf Bedacht geachtet werden, daß auf allen Gebieten der freie Handel nicht wieder zu verantwortungsvollem Handel mit den Ausländern der Allgemeinheit werde. Danach wird gewirkt die

Bewirtschaftung der Territorien

amgestaltet werden. Das Rahmenthat beschlossen, die aus der Kriegswirtschaft noch vorhandenen fertigen Stoffe unverzüglich und binnen kürzester Frist der Bevölkerung zuzuführen. Dabei wird Vorbezug getroffen werden, daß die minderbemittelten Kreise, die Arbeiterkraft lebenswichtiger Betriebe, die Beamtenkraft, unsere Kriegsgenossen in erster Linie berücksichtigt werden. In gleicher Weise werden die noch vorhandenen nicht unerschöpflichen Vorräte an Wolle sofort der Weiterbearbeitung zugeführt, um damit den beteiligten Industrien und ihrer Arbeiterkraft Beschäftigung zu geben und gleichzeitig die Versorgung der Bevölkerung mit fertigen Stoffen auf breitere Grundlagen zu stellen. Die aus der Kriegswirtschaft stammende Zentral-Organisation, die Reichs-Zentral-Wirtschaftsgesellschaft, wird abgebaut.

Ein weiterer Schritt auf dem Wege, die aus den Kriegsverhältnissen hervorgegangenen Zentral-Organisationen zu beseitigen, ist die

Aufhebung der Dienstverordnungen.

Ihre Bestimmungen haben sich immer mehr als unüberwindlich und heute als nahezu wertlos erwiesen. Mehr noch: der Tag, an dem sie erlassen wurde, war auch der Geburtstag eines Deutschen-Schlepphandels der schlimmsten Art. Wenn sie jetzt fällt, so verwindet gleichzeitig ein Stück Kriegs-Korruption, das sich in unseren Handelskreisen in bedenklicher Weise eingeschlichen hatte. Die Aufhebung legt voraus eine Ergänzung der Vorschriften zur Umwandlung des Kapitals nach dem Anstand. Notwendig und nicht zu entbehren ist bei all diesen Entscheidungen die von mir bereits erwähnte

Kontrolle der Ein- und Ausfuhr

und die dadurch zu erzielende Beteiligung des Reichs und der Interessenten, einschließlich der Verbrauchs-Organisationen, an der Preisgestaltung und der Verteilung. Wenn dadurch die letzten Höchstpreissetzungen überflüssig werden, so wäre das der Todesstoß für den Schlepphandel, der mir nicht in die Friedenszeit hinüberzuleben dürfte.

Meine Damen und Herren! Der wirtschaftlich Schwache bedarf heute mehr denn je der finanziellen Unterstützung. Sie sehen, an keinen Bedürfnissen nehmen wir das Maß für unsere wirtschaftspolitischen Schritte. Daran wollen wir weiter bauen. Zahlreiche Grundbedürfnisse, die sich im Reich des Reiches befinden, und nicht mehr ihren ursprünglichen, meist militärischen Zwecken dienen, sollen für die Zwecke der

Anfhebung

weit unter dem heutigen Tagewert abgegeben werden. Trotz der furchtbaren Finanzlage des Reiches glauben wir das Opfer bringen zu müssen. Da es nicht möglich ist, allen berechtigten Ansprüchen mit händigen Lohnleistungen zu folgen, muß der organische Weg beschritten werden, die Lebensverhältnisse mit den Löhnen und Gehältern in Einklang zu bringen. Die händigen Lohnforderungen sind das schlechteste Mittel, um die Verhältnisse zu bessern. Neben den Löhnen können die Preise im gleichen Tempo und mit der Kaufkraft des im Uebermaß gedruckten Papiergeldes. Das Ende dieser Entzündung wäre eine Alltagsnotwendigkeit mit nachfolgendem Bankrott. Es muß eine Senkung der Preise eintreten, und die erhoffen wir von unserem Wirtschaftsprogramm. Für das gesamte arbeitende Volk gilt es, die

Sozialpolitik

nach Kräften weiter auszubauen. Die vom Reichspräsidenten mit dem bereits angelegten Modelle zur Reichsversicherungsordnung, die eine Erhöhung der Anwartschaft, Alters- und Kinderrenten bringt, wird ohne in den nächsten Tagen zu gehen. Die große Reform der Reichsversicherungsordnung soll in allerhöchster Zeit in Angriff genommen werden. Die moderne Umgestaltung und Vereinfachung des gesamten Arbeiterrechts schreitet schnell vorwärts. Eine große Zahl von Sachverständigen ist in verschiedenen Kommissionen und in enger Verbindung mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an dem großen Werk tätig, das die sozialen und demokratischen Grundzüge der neuen Republik für in die Erziehung treten lassen wird. Ob freilich allen Wünschen bei der jämmerlichen Finanzlage des Reiches Rechnung getragen werden kann, ist eine schwer zu beantwortende Frage.

Besondere Verantwortung empfindet die Regierung für die wirtschaftlich Schwachen in der

Beamtenkraft

Wir sind von der Erkenntnis durchdrungen, Ihren Ansprüchen durch ein neues Beamtenbesoldungsgesetz, das sofort in Angriff genommen werden soll, Rechnung tragen zu müssen. Aber auch die wichtige Aufgabe der Personal-Reform und der Reform des Beamtenrechts müssen der Lösung zugeführt werden. Die freie Wahl des Ämterlichen muß auch über die Schranken hinweggeführt, die das höhere und das mittlere und das untere Beamtentum bis jetzt geschieden haben.

Meine Damen und Herren! Das aber blieben Pläne und Entwürfe, wenn die Grundlage alles Gedeihens fehlt oder regellos unterbrochen und zeitweilig nicht geleistet wird:

die Arbeit!

Gewiß, wir haben dem Friedensvertrag unter Zwang unsere Unterschrift gegeben, aber daran ist kein Zweifel erlaubt: in den Grenzen der Erfüllbarkeit darf uns keine Schuld und kein Vorwurf treffen. Dieser Vertrag legt uns die Pflicht zur Arbeit auf. Das müssen gerade die zur Richtschnur ihrer inneren Politik machen, die von Anfang an für die bedingungslose Annahme waren. Aber auch die Pflicht uns selbst anemittieren predigt

die Notwendigkeit der Arbeit, vor allem und jedem der Arbeit! Sie ist unser einziges Zahlungsmittel, dessen Kurs nicht gesunken, sondern gestiegen ist. Durch sie können wir Nahrungsmittel und Rohstoffe bekommen, ohne sie — nichts!

Und hier noch ein Wort an die Partei, die sich deutsch-national

nimmt, als läge darin ein Unterschied zu den anderen Parteien. Die Ausschreitungen ihrer Berliner Tagung bedürfen kaum einer Zurückweisung. Daß ein Redner dabei von der „gotterfunden, rutzlosen Republik“ sprach, kann in diesem monarchistischem Taumel nicht erstaunen. Bemerkenswert ist schon die Leistung des Herrn Hergt, seine Partei habe von einer Gegenrevolution abgesehen, obwohl sie möglich gewesen wäre, als der Dänen von Waffen starrte. Die Herren ahnen nicht, wenn alles sie geeint in unerschütterlicher Front beim Versuch einer Reaktion sich gegenübersehen würden! Aber einschließen besänftigen und wiederlämpfen müssen wir den Schrei nach Raue, der seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages aus jeder kleinen Gruppe dringt, die sein sogenanntes Ideal kennt, als das alte, waffenstrotzende, durch die Zahl seiner Bajonnette mächtige Reich! Dies Ideal lehnen wir rundweg ab, es wäre ein Unglück, wenn durch die konservative Lehre von der guten alten Zeit wiederum in unserm Volk national und nationalisiert verweht würde. Glauben Sie mir, keine Arbeiterhand würde sich rühren, wenn der ganze bevorstehende Aufbau nichts sein sollte als die Rüstung zu einem neuen, mörderischen Kampf.

Wir brauchen die Arbeit und verabsäumen die Ruande.

Das ist für uns der hauptsächlichste Grund, aus dem wir jede Wiederkehr der Reaktion bis aufs äußerste besänftigen. Würde ihre Gesinnung wieder die herrschende, so könnten wir uns keiner technischen oder industriellen Erzeugnisse freuen, weil — das haben wir ja erlebt — unter ihrer Leitung jede zum Kriegszweck werden kann.

Auch wir wollen nationales Leben und nationales Denken pflanzen und pflegen, aber auf dem Boden der völkerverbindlichen Gesinnung nach innen und außen! In ihrem Wachen und Erstarren muß unsere Hoffnung beruhen, aus ihr heraus muß die Revision des Vertrages kommen, sie muß mit seinen Ungerechtigkeiten aufräumen; daß der Völkerverbund heute noch ein Zerbrochen ist, kann an diesem unsere Glauben nichts ändern. Wir können unser Volk in der Strenge des

Arbeitsstaats,

wie ich ihn gelehrt habe, nur dann zusammenfassen, wenn es die Gewisheit hat, daß kein Zerfallen nicht zu neuen Schicksalsergebnissen mißbraucht wird, und diese Gewisheit können wir ihm nur geben durch ehrliehen Dienst am Gedanken des Völkerverbundes. Das ist der Sirtel, in dem sich unsere Politik der Zukunft bewegen muß. Immer häufiger dringen die Stimmen eines neuen, von solchen Gedanken erfüllten Menschentums an unser Ohr. Es sind noch nicht die Herrschenden in den Ländern, mit denen wir jetzt Frieden geschlossen haben, es sind noch Minderheiten wie die Gruppe der französischen Schriftsteller, die den Namen „Karlheut“ trägt. Ihr Sprecher, Barbusse, der den Schrecknissen des Krieges die bedrückte Sprache verleiht, hat, spricht nun im Namen des völkerverbindenden Friedens:

„Die Demokratie ist unbeeidbar. Aber diese schicksalsschwere Auferstehung des Menschengeschlechts wird sich in einer ruhigeren und schöneren Form ereignen, wenn sie geleitet wird durch Außerwählte und die Welt bevölkert ist von erleuchteten Gewissen und solchen, die guten Willens sind.“

Des Bekenntnis ist unser Bekenntnis! Wir nehmen diesen Ruf von jenseits der Grenzen auf, wir sind einzig im Glauben an die Unbeeidbarkeit der Demokratie, die nicht nur die Gleichheit zwischen den Volksgenossen, sondern auch die Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit zwischen den Völkern, den Völkerverbund erschaffen muß.

Minister des Ausw. Herr. Müller:

Als das Staatsfern, welches das freie Wahlrecht der Welt eingeführt hat, das am weitgehendsten die Frauen als wahrheitsfähige Staatsbürgerinnen am öffentlichen Leben beteiligt, das die Stärkung der internationalen Organisationen organisierter Arbeiterklassen zu seinem Programm erhoben hat, treten wir in die neue Zeit ein. Durch den härtesten Frieden gestiftet, der seit Einführung der christlichen Zeichnung in einem Volke auferlegt wurde, müssen wir dennoch vorziehen, auf dem freireichlichen Wege vorwärts zu schreiben. Die Welt soll sich über davon überzeugen, daß der Verlust von 2 Millionen Tolen in dem deutschen Volke die Ueberzeugung gestiftet hat, daß Streikaktionen unter den Völkern nicht mehr mit Pulver und Blut eingeschrieben werden dürfen. Als

Ergebnis des Krieges

ist für uns festzustellen, daß das deutsche Volk in Zukunft als Hilfsmittel diplomatischer Kunst nicht mehr zählt. Es ist uns eine gründliche Abstrüfung auferlegt, daß es zweifelhaft ist, ob es selbst im Interesse der Sieger liegt. Aber diese Abstrüfung ist zunächst nur uns und unseren früheren Verbündeten diktiert. Zu einem Segen für die ganze Welt wird sie erst werden, wenn sie allen Völkern gemeinsam auferlegt ist. Den Geist des Friedens zu pflegen, sind wir aber auch den Millionen Deutschen schuldig, die infolge dieses Krieges unter fremde Herrschaft kommen. Wir müssen die Welt von unserm

unerschütterlichen Friedenswillen

überzeugen, damit sie die Politik der Koalitionen, die nicht in letzter Linie zu diesem Weltkrieg geführt hat, in absehbarer Zeit begreifen wird. In Paris ist es wurde bereits eine neue Resolution genehmigt. Die französische Regierung steht die militärische Neutralisierung des rheinischen Grenzgebietes nicht als genügendem Schutz an. Das Mißtrauen gegen die deutsche Politik

ist ebenso groß wie das Vertrauen auf die Kraft des deutschen Volkes. Gegen die unüberlegte Politik der Alliierten arbeiten wir mit Waffen, die den Boden für den Völkerverbund der Völker vorbereiten. Das Bestreben der Geheimdiplomatie soll abgeschlossen sein.

Injere deutsche Bereitschaft zum

Einkitt in einen Völkerverbund

erklären wir dadurch, daß wir bereit sind, mit allen Völkern in Frieden zu leben. Ein Völkerverbund ohne das deutsche und ohne das russische Volk ist kein Völkerverbund. Die Einsicht über das wahre Wesen des Völkerverbundes ist heute schon bei den Anhängern des Völkerverbundes vorhanden, die bis vor kurzem noch an herotragernden Stellen den Krieg gegen uns führten. Das beweist u. a. die in Deutschland so wenig beachtete Erklärung, die General Smuts in Versailles nach Unterzeichnung des Friedensvertrages der Öffentlichkeit abgab. Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß es uns mit dem

Willen zur Erfüllung der Vertragsversprechungen bis zur Grenze unserer Fähigkeit erft ist, aber auch darüber nicht, daß wir mit allen lokalen Mitteln die Revision dieses Vertrages erstreben werden, und zwar nicht nur im Interesse des deutschen Volkes, sondern auch im Interesse eigenen Nachbarn. Auch mit dieser Auffassung stehen wir nicht allein, wie die ausgezeichnete Erklärung des General Smuts beweist, und ich möchte dieser Erklärung hinzufügen, daß unter dem Einfluß einer neuen internationalen Atmosphäre eine gerechte Verteilung der europäischen Kolonialpolitik zugestanden werde, daß es höchste Ungerechtigkeit sei, dem deutschen Volke die Möglichkeit kolonialer Befähigung zu rauben mit der unhaltbaren Begründung, daß das deutsche Vorgehen auf dem Gebiete der kolonialen Zivilisation deutlich klargestellt worden sei, ebenso wie das Vorgehen gegen die Auslandsdeutschen und ihr Eigentum in der ruhigeren Zeit einer gereinigten Atmosphäre sich durch nichts rechtfertigen lassen wird.

Das belgische Volk hat nicht vergessen, daß es das Opfer des deutschen Angriffs wurde. Die Verletzung der belgischen Neutralität

hat uns die Sympathien der ganzen Welt erhandelt. Wenn wir jetzt daran gehen, durch werktätige Opfer Wiedergutmachung zu über, so wird damit auch der Weg zur Verständigung mit dem belgischen Nachbarvolk allmählich gekehrt werden. Die verwüsteten Fluren Nordfrankreichs gewähren ein erschütterndes Bild. Kein Volk hat verhältnismäßig so viele Tote verloren und soviel Opfer bringen müssen, wie das französische Volk. Zeigen wir, daß wir bereit sind, mit allen Kräften an dem

Wiederaufbau in den verwüsteten Gegenden mitzumirken. Ich appelliere an die deutschen Arbeiter, Techniker und Architekten, sich bereit zu halten, aus den trostlosen Ruinen jener Gegenden wieder lebendes Leben entstehen zu lassen. Ich nehme dabei an, daß uns die unbedingt notwendigen Rohstoffe geliefert werden und daß unsere Kohlen- und unsere Eisenindustrie nicht durch unzumutbare Auflagen in ihrer Entfaltung gehemmt werden. Ich erwarte, daß die Arbeit, die wir auf französischem Boden zu leisten haben, dazu beitragen wird, die beiderseitigen Beziehungen auf eine andere Basis zu bringen. In dem Fall Manheim gelingt es der eingeleiteten Unternehmung hoffentlich, den Lärer festzuhalten, damit dieses Verbrechen seine gefürchtete Sühne findet. Die französischen Soldaten, die sich in Berlin ansiedeln, haben Anspruch auf Schutz. Der gesamte anstehende Teil der Berliner Bevölkerung bedauert die Vorfälle aufrichtig. Nun wird er verlangt, daß eine Stadt, die weitab liegt von dem besetzten Gebiet, nach Unterzeichnung des Friedens eine Buße zahlen soll für einen Vorfall, den ihre Bevölkerung ebenso scharf verurteilt, wie irgend ein Franzose. Dazu fehlt selbst im Kriegsdorf jede Berechtigung. Von dem Geiste der Verschonung ist überhaupt noch wenig zu spüren. Lloyd George hat bei der Vorlegung des Versailles Vertrages im Unterhause gesagt: Der Friedensvertrag bezweckt, an Deutschland ein Exempel zu statuieren. Das scheint allerdings so zu sein, aber das bestatigt, daß der Vertrag ein Bruch des November-Abkommens ist, wie überhaupt der Friedensvertrag der Londoner Note zu einem festen Papier gemacht hat. Was soll es heißen, wenn Lloyd George von Deutschland die Einsicht verlangt, daß die deutsche Politik der letzten 150 Jahre ein bitterer Fehler gewesen sei? In den letzten 150 Jahren hat die englische Politik mehr an der Seite der preussischen gefanden, als an der irgend eines anderen Volkes. Dem eroderungsstüßigen Vrenken kann übrigens ein Engländer keinen Vorwurf machen, der die Veränderungen in der Weltkarte beobachtet, die seit 150 Jahren zu Gunsten Englands vollzogen wurden. Lloyd George sollte auch an seine eigene Rede vom 29. Juni 1908 denken, in der er anrief: Wir hatten eine aberniedrige Uebermacht zu bauen. Sehen Sie die Ungerechtigkeit des Zweimächteabkommens. Sehen Sie Deutschland an. Für Deutschland bedeutet die Armeedase, wie für England seine Flotte, den einzigen Schutz gegen feindliche Invasionen. Trotzdem belohnt Deutschland keinen Zweimächteabmach, obwohl es zwischen zwei Militärmächten liegt, die seiner Armeedase eine abermächtigende Truppenabmach gegenüberstellen können. — Das ist heute alles vergessen.

Die sich die

Offfragen

gestaltet werden, ist noch nicht zu übersehen. Der greifbar Friede ist annulliert. Für die deutsche Regierung muß als Grundlag feststehen, daß wir uns in die inneren Angelegenheiten des russischen Volkes nicht einmischen, ebenso wie wir uns eine russische Einmischung verbieten. In dem 1. f-

117 Gen Staat, der dabel ist, sich zu konstituieren, und in der esthischen Republik, die bereits ein festes Gefüge hat, scheint man zu fürchten, daß eine preussische Militäropolitik der Selbständigkeit der Länder wieder einmal gefährlich werden könnte. Die Regierung der deutschen Republik wünscht gute Beziehungen zu diesen Völkern. Andererseits wissen wir, wie wertvoll sie sind, und wir ermahnen, daß deutsche Wissenschaft künftighin wieder ein Bindeglied zwischen ihnen und uns sein wird. Das wird uns so eher der Fall sein, je mehr man in jenen Ländern einseht, daß wir nicht beschäftigen, unsere Kultur mit Wachstumsgeheimen in ihre Länder zu tragen. Der Beschluß, das Baltikum von deutschen Truppen zu räumen, wurde bereits von dem früheren Kabinett gefaßt. Wenn die Räumung bisher nur teilweise durchgeführt ist, so ist daran die Schwierigkeit des Abtransports, die ungeklärte militärische Lage und die Sorge um Leben und Eigentum der deutschen Bevölkerung schuld. In die inneren politischen Verhältnisse des Baltikums ist die Regierung selbstverständlich in keiner Weise einmischen. Es glaubt, daß dadurch die Basis für ein freundschaftliches Verhältnis zum belgischen Volke geschaffen und damit auch den deutschen Minderheiten auf die Dauer am besten gekehrt wird. Wir hoffen, daß sich zu dem entstehenden litauischen Staatswesen, dessen Bildung von uns gefördert wurde, gute Beziehungen ergeben lassen.

Polens

ist von Deutschland und Oesterreich am 6. November 1918 zuerst verhandelt worden. Der Versailles Vertrag hat uns nach Osten nicht die Grenzen gebracht, die uns werden mußten, wenn der Wille der Bevölkerung entscheidend gewesen wäre. Millionen Deutsche stehen in Zukunft unter polnischer Herrschaft. So hat der uns diktierte Friede die vitalen Interessen beider Staatswesen nicht geachtet. Trotzdem wollen wir uns bemühen, gute Verhältnisse zwischen beiden Teilen zu erzielen. Wir wollen in unmittelbarem Verhältnis mit Polen die Gebiete des Friedensvertrages nach Möglichkeit mildern. Der Uebertrag der Gewalt in polnische Hand soll sich ohne Reibungen und Gewalttätigkeiten vollziehen. Die Regierung wird aufmerksam verfahren, für die Deutschen in einen zuverlässigen Schutz der Minderheiten zu erwirken, damit der kulturelle Zusammenhang jener Deutschen mit der alten Heimat auch dann beibehalten wird, wenn sie lokale Bürger des neuen Staatswesens geworden sind. Unter diesen Umständen gehe ich der festen Ueberzeugung aus, daß die bedauerlichen Grenzübergriffe an der Demarkationslinie fürderhin unterbleiben, daß somit noch deutsche Männer und Frauen interniert sind, diese ebenfalls wieder in Freiheit gesetzt werden, um so mehr, als wiederholt die Frage aller Polen in Aussicht gestellt wurde, soweit sie sich nicht aus strafrechtlichen Gründen auf deutscher Seite in Haft befinden. Die Befürchtung der deutschen Bevölkerung, es möchte bei der Abwesenheit der deutschen Truppen und Behörden in den Abkommensbezirken der deutschen Stämme Auffassung zu Ungunsten der deutschen Regierung wägen, genügt. Auch werden die notwendigen Schritte unternommen, damit für die Freiheit der Abstammung Gewähr geleistet wird.

Schließlich danke ich im Namen der Regierung der deutschen Bevölkerung in den Ostmarken für ihre ruhige und würdige Haltung. Sie möge die Ueberzeugung behalten, daß sie auch jenseits der Grenze nicht vergessen wird. Mögen aber auch die Polen die lokalen Absichten des deutschen Volkes und seiner Regierung würdigen, zwischen beiden Nachbarländern bestehende Verhältnisse anzubahnen und mit gleichen Maßnahmen antworten.

Die herzlichsten Beziehungen verbinden uns

nach wie vor mit unserem

Osterreichischen Bruderstamm.

Deutsch-Osterreich und die Reichsstämme wollen zu einander. Wir werden deshalb alle friedlichen Mittel erschöpfen, bis wir wirklich nach Schillers Wort: Ein einzig Volk von Brüdern sind. Von der Klugheit der Männer, die an der Spitze der tschechoslowakischen Republik stehen, erwarten wir, daß sie mit uns an einem Ausgleich arbeiten, der ihrem Lande und dem unsern die guten Beziehungen garantiert, die zwei Staatswesen zu ihrem eigenen Gedeihen brauchen, wenn sie politische Nachbarn sind und sich wirtschaftlich in so vieler Beziehung ergänzen. Nicht vergessen wollen wir endlich auch unsere früheren Bundesgenossen, das baltische und litauische Volk. Wir sind nicht in der Lage, ihnen bei den Verhandlungen mit den Deutschen zur Seite zu stehen. Aber mit großer innerer Bewegung nehmen wir an ihrem Schicksal Anteil. So weit es an uns liegt, sollen die Freundschaftsbeziehungen zwischen den Völkern den Zusammenbruch des Bundes und der Regierungen, die ihn beschloßen hatten, aberdauern.

Zulest, aber nicht zum Geringsten, liegt es

mir ob, der

neutralen Länder

zu danken, die uns in den vergangenen Kriegsjahren in so vieler Beziehung Mütter gewesen sind.

Das deutsche Volk erkennt in den schmerzlichen Seiten, durch die es jetzt zu gehen hat, dankbar jeden Beweis von Verständnis und Anteilnahme an, der aus den Ländern der europäischen Neutralen zu ihm herüber geklungen ist.

Es ist sich dieser besonderen Dankespflicht bewußt gegenüber den Ländern, die auch in diesem Sommer erholungsbedürftige deutsche Kinder bei sich aufnehmen und pflegen, wie dies die Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und Finnland in edelmütiger Weise tun. Dieses men-

Freundschaftliche Wirken wird bei uns unvergessen bleiben.

Auf Grund des Friedensvertrages wird die Bevölkerung des nördlichen Schleswig durch Zustimmung über ihre fernere Staatsangehörigkeit zu entscheiden haben. Im Interesse der Erhaltung der guten Beziehungen, die zwischen Dänemark und Deutschland bestehen, liegt es, daß diese Abstimmung ein Ergebnis hat, das in keinem Abende eine Irrenden zurückläßt.

Verpflichtungen.

Wie aus dem Friedensvertrag aufleuchtet, kann man zwei Kategorien unterscheiden. Es handelt sich einmal um Verpflichtungen, die wir ohne weiteres zu erfüllen haben und bei denen irgendwelche Verhandlungen nicht mehr in Frage kommen. Auf der anderen Seite aber gibt der Friedensvertrag unsern bisherigen Gegnern eine gewisse Zahl von Rechten und Befugnissen, die auf unserer Seite nur Verpflichtungen gegenüberstehen. Inwieweit die Gegner von diesen Berechtigungen Gebrauch machen werden, wissen wir nicht. Wir werden gut tun, uns in dieser Beziehung keine irrealen optimistischen Hoffnungen einzulassen. Ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß unsere Gegner sich davon überzeugen werden, daß sie besser fahren, wenn sie nicht einseitig alle ihnen eingeräumten Rechte Deutschland gegenüber in Anspruch nehmen, wenn sie zum Beispiel von dem unerhörten Recht, den Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete gegen Deutschland fortzusetzen, keinen Gebrauch machen, besonders nicht in solchen Fällen, in denen eine solche Ausnutzung ihrer Rechte uns nur großen Schaden, ihnen aber nur geringfügigen Nutzen bringt. Ich denke in dieser Beziehung insbesondere an die nach dem Vertrage ihnen zustehende Liquidation des Eigentums der Auslandsdeutschen. Ein 60 Millionen Volk kann nicht untergehen. Das deutsche Volk ist gebengt ob der Last, die ihm auferlegt wurde, gebengt, doch nicht gebrochen. Auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete werden wir zu zeigen haben, daß die Wurzeln unserer Kraft nicht beschädigt sind. Die Aufgabe der deutschen Diplomatie wird es in Zukunft mehr denn je sein, das kulturelle und wirtschaftliche Leben der anderen Völker kennen zu lernen, um es besser berücksichtigen zu können.

Es wird ernstlicher Anstrengungen bedürfen, wenn wir allmählich unseren alten Platz in der Weltwirtschaft erringen wollen. Dazu ist es vor allem notwendig, daß unser inneres Wirtschaftsleben wieder in Gang kommt und durch ausreichende Maßnahmen von Lebensmitteln und Rohstoffen, wobei uns die Spannungsabnahme des Privatverkehrs eine wesentliche Hilfe sein wird. Um unseren Exportwaren den Auslandsmarkt wieder zu eröffnen, müssen wir nachhaken, durch Spezialabmachungen mit den einzelnen Staaten die uns im Friedensvertrag verbotene Selbstbegünstigung wieder herbeizuführen.

Zum Schluß sei mir mit lebhaftem Beifall ausgenommener Rede erwähnte der Reichsminister nach dem Wiederaufbau der Handelsflotte, die Sorge für die Ausgewanderten und den wirtschaftlichen Nachrichtenendienst, für den eine besondere Stelle im Auswärtigen Amt geschaffen wird. Er schloß mit folgenden Worten:

Die Vertrauensatmosphäre, die Europa braucht, wenn es auf die Dauer in Ruhe atmen will, muß mit unserer Tätigkeit und Hilfe geschaffen werden. In dem Dienste dieser Bestrebungen muß sich in erster Linie die Auswärtige Politik stellen. Diesen wie in Werken des Friedens den Beweis, daß wir in allem Unglück dennoch eine große Nation sind. Begraben wir alle Methoden einer Machtpolitik, die ein für allemal der Vergangenheit angehört. Deutschland wird die Wiederherstellung seines Ranges unter den großen Völkern nur vom Fortschritt der demokratischen Idee bei uns und bei den anderen Völkern zu erwarten haben.

Preßleistungen zur Aussprache in der Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 24. Juli. (Drabik.) Unter der Überschrift „Das neue Deutschland in der Welt“ berichtet die D. N. Ztg. die gestrigen programmatischen Erklärungen der führenden Reformminister und drückt die Hoffnung aus, daß die Politik, die diese betrugte, der wir entgegengehen, ebenso sachlich geführt und daß sie die Zeichen der Reife aufweisen mögen, die ein Volk in so schweren Prüfungen sich erworben haben sollte.

WTB. Berlin, 24. Juli. (Drabik.) Zur Rede des Außenministers sagt das D. S.: Nebenbei wie Graf Bernstorff erklärte Hermann Müller, daß wir keinen Zweifel darüber lassen, daß wir mit allen legalen Mitteln die Revision des Friedensvertrages betreiben werden. Sehr wirksam hat er sich auf das Zeugnis des Generals Smuts bezogen, um die absolute Notwendigkeit einer Revision darzutun. Mit Recht warnte er vor einer Illusion, die auf die Unmöglichkeit der Gegner spekuliere. Auf ist eben so töricht, wie das Spiel der Rabibalen mit der Weltrevolution.

Holland.

Schaffung eines amerikanischen Golddepots in Holland.

Nach einer Meldung des Holland Nieuws wird berichtet ein holländisches Finanzblatt aus zuverlässiger Quelle, daß die vereinigten Staaten sich an das Direktorium der Niederländischen Bank mit der Bitte wandten, in Holland ein Golddepot zu gründen, das zur Erledigung der amerikanischen Pflichten, die in Holland bezahlt werden müßten, benutzt werden könnte. Auch Holland wird nachgefragt, in Amerika ein ähnliches Golddepot einzurichten. Es wird beabsichtigt, das amerikanische Depot nicht nur für amerikanische Zahlungen an Holland, sondern auch für Zahlungen an Hollands Nachbarländer zu benutzen.

Frankreich.

Frankreichs Angst vor Rußland.

Senator Carnet, Mitglied der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, warnte, wie aus Verfallens gemeldet wird, im Leitartikel des „Journal“ vor Deutschland und fordert die Franzosen auf, wachsam zu sein. Die Deutschen würden versuchen, das zu werden, was sie zu drei Vierteln schon geworden seien. Beherrscher der Handels- und Industriegebiete. Das Schlimmste sei, daß sie im Kampf um die wirtschaftliche Herrschaft von Frankreichs Alliierten, ja selbst von französischen Untertanen unterstützt würden.

Kohlenmangel in Frankreich.

Ein Pariser Korrespondent des „Corriere della Sera“ berichtet, daß die Kohlenlieferungsfrage für Frankreich nicht minder schwierig sei als für Italien. Die heutige Ursache der Kohlenknappheit bilden Streiks und geringe Arbeitsleistung, die vor allen Dingen England verbindet, die notwendigen Kohlenlieferungen nach Frankreich durchzuführen. In den französischen Industriezweigen fehlt es an Kohlen. Auch von einigen großen Eisenbahnunternehmungen beforcht man eine Einstellung des Betriebes. Doch ist es nicht ausgeschlossen, daß die dringend notwendigen Kohlenmengen durch Einfuhr aus Amerika gedeckt werden.

Der Mangel an Brotgetreide.

WTB. Bern, 24. Juli. (Drabik.) Wie Matin berichtet, ist die Verorgung Frankreichs mit Getreide nur noch bis zum 31. August sicher gestellt. Es müssen mind. 3 Millionen 450 000 Doppelzentner Getreide im Ausland angekauft werden, um bis zur neuen Ernte, die sehr schlecht ausfallen soll, aushalten zu können. Die Lage der Fleischverorgung ist ebenso ungünstig.

England.

Eine neue Partei in England.

Churchill hat aufsehenerregende Mitteilungen über die Gründung einer neuen Partei gemacht. Die neue Partei wird den Namen „Koalitionsgruppe des Zentrums“ annehmen. Man nimmt an, daß Lloyd George und Bonar Law hinter der Neugründung stehen und sich über ein gemeinsames Programm geeinigt haben. Was das Programm der neuen Partei anbelangt, so wird behauptet, daß Bonar Law sich verpflichtet habe, Konfessionen auf dem Gebiete der Schutzzölle zu machen, wenn Lloyd George die Frage der Sozialversicherung verhandle. Das Sozialversicherungsprojekt soll, um den Schein zu wahren, zunächst weiter betrieben, doch seine Ausföhrung unter dem Hinweis auf den Volkswirtschaftsnotstand werden. Außer den genannten soll eine große Anzahl anderer Politiker die Partei unterstützen, so Sir Auckland Geddes, Sir Edward Geddes und Sir Horner.

Amerika.

Abweisung unerwünschter Ausländer aus Amerika.

Nach einer Saager Nachricht empfahl der allgemeine amerikanische Einwanderungskommissar vor dem Einwanderungsausschuß des Repräsentantenhauses, 3600 unerwünschte Ausländer in Regierungsstransporten nach Europa zu senden. Bis Juli 1918 seien 1619 und seitdem 2779 solche Ausländer abgeschoben worden.

Verchiedene Nachrichten.

Japan zieht seine Truppen aus Scharung zurück.

WTB. Rotterdam, 22. Juli. Laut Nieuwe Rotterdammer Courant meldet ein Erchangetelogramm aus Paris, daß Japan der Friedenskonferenz mitgeteilt hat, daß es seine Truppen aus Scharung zurückziehen und nur seine wirtschaftlichen Ansprüche aufrecht erhalten wird.

Regerverfolgungen in Washington.

WTB. Amsterdam, 22. Juli. Die Times melden aus Washington, daß dort eine Hejhdag auf die Regerverfolgung veranstaltet wurde. Die Ursache war, daß in den letzten Monaten weiße Frauen von Regern überfallen worden waren. Mehrere hundert Soldaten und Matrosen und über tausend Zivilpersonen unternahmen einen allgemeinen Angriff auf die Regter, die durch die Straßen gelauf, aus den Trambahnen und Autos sprangen und einseitig mißhandelt wurden. Zur Unterdrückung der Unruhen mußten die Polizeireviere aufgetoten werden.

Der Kampf um das Räteystem

Ist nicht nur eines der wichtigsten, sondern auch der interessantesten Ereignisse in der jüngsten Sozialgeschichte Deutschlands. Dielem Kampf geht E. Koppel S. J. im Juliheft der „Stimmen der Zeit“ nach. Er schildert, wie der fremde, russische Rätegedanke nach Deutschland kam und sich in harten, wechselvollem Ringen Bahn brach. Es wird gezeigt, wie die Räte in bewußtem Gegensatz zur formalen Demokratie, der Herrschaft der einen Zahl, danach streben, alten ständischen Gedanken neue freirechtliche Ausdrucksformen zu geben. Dieser Kampf geht noch weiter. Es muß das Selbstre der Räte sein, sollen sie wirklich eine neue und gesunde, deutsches Wesen angepaßte Form werden, sich im einzelnen Betrieb wie in den höheren Verbänden bis zum Reichswirtschaftsrat hinauf von einzelner Klassen- oder Parteifürsorge fernhalten. Andererseits müssen sie auch mit den notwendigen Befugnissen ausgestattet werden, damit sie wirklich im einzelnen Betrieb wie in den Wirtschaftsvorbänden den Arbeiter

aus dem Interesselosen Tagelöhnerdasein herausheben und zum freudigen, seiner Verantwortung bewußten Mitträger der Produktion herantüben können.

Wirkung der Blockade.

Aus Stockholm wird geschrieben: Dr. Sildebrand und der Agronom von Wadenfeld, welche im Auftrag des schwedischen Rotes Kreuzes zur Kontrolle der Verteilung schwedischer Lebensmittel nach Deutschland gereist waren, haben nach ihrer Rückkehr einen in unparteiischen Zeugnissen in Stockholm abgedruckten Bericht über die durch die Blockade verursachte furchtbare Not Deutschlands erstattet; u. a. heißt es darin, daß der Milchmangel nach dem persönlichen Eindruck der schwedischen Herren für einen großen Teil der Bevölkerung die schwersten Folgen für das ganze Leben haben wird. Wiederholend sind die Eindrücke über die Verbreitung von Tuberkulose und Rachitis. In warmen Worten wird für weitere Sendungen besonders an Wäsche gebeten.

Kleine Nachrichten.

Aus dem Bericht des französischen Deputierten Renaud im Friedensauschuß geht hervor, daß Deutschland nach dem 1. Oktober zum Völkerverbund zugelassen werden soll. Marschall Foch soll nach einer Meldung der Chicago-Extriküre damit gedroht haben, die Rüdieföhrung der deutschen Kriegsgefangenen einzustellen, wenn die Stadt Berlin die Zahlung der geforderten 1 Million Goldfranken verweigert.

Die französische Kammer nahm nach erregter Debatte schließlich mit 289 gegen 176 Stimmen ein Vertrauensvotum für das Kabinett Clemenceau an. Diesmal hat Clemenceau noch gestimmt, aber die Lage des Kabinetts gilt als erschüttert.

Der König von Spanien hat in einem Handschreiben an den englischen König gegen die Auslieferung und Verurteilung Kaiser Wilhelms Stellung genommen.

Nach dem Beit Parisien legte ein deutsch-französischer Auschuß in Versailles die Bedingungen fest für die 500 000 Arbeiter, die Deutschland für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete leisten sollen.

Nach einer Meldung der Daily legte die englische Kommission zur Prüfung der Schadenersatzfrage die Summe von 100 Milliarden Schilling fest. Frankreich fordert bekanntlich 200 Milliarden, Belgien 55 Milliarden, sodaß die Gesamtsumme 355 Milliarden beträgt. Wahrscheinlich wird Frankreichs „Abzöhrung“ ausfallen wird, ergibt sich aus der Mitteilung der Regierung in der Kammer, wonach das französische Heer um ein Viertel größer bleiben soll, als vor Ausbruch des Krieges.

Italien und Rumänien sollen ein Geheimabkommen getroffen haben, das sich gegen die süd-slawischen Pläne richtet und das ohne Genehmigung der Pariser Konferenz abgeschlossen wurde. Der Daily Herald meldet, daß der Plan einer Ententevorsorge gegen Ungarn aufgegeben wurde, weil man die Ententepeere für diesen Kampf nicht gewinnen konnte.

Aus China werden kriegerische Vorbereitungen gegen die Mongolei gemeldet. Die japanische Seidestimmung dauert an.

Walgarien löst völlig vom Meere abgeschlossen werden und sein Küstengebiet an Griechenland stellen. Bisher hat bisher nicht zugestimmt.

Die Arbeiterbewegung in England getalset sich zu einer sehr wichtigen Krise. Der Bergarbeiterstreik geriet in die Entscheidung. In mehreren englischen und irischen Städten kam es zu Gewalttätigkeiten. In London wurde das Rathaus von entlassenen Soldaten in Brand gesetzt. Man munkelt von einem bevorstehenden Ausbruch der Revolution. Die Demonstration in London trug stark revolutionären Charakter.

Daily Express berichtet aus Paris, daß der Kronprinz, Hindenburg und Ludendorff nicht auf der Liste der auszuleifernden „Schuldigen“ stehen.

In Washington kam es zu erneuten blutigen Regeneranden, sodaß der Belagerungszustand verhängt wurde.

Die Opposition gegen Wilson im amerikanischen Senate soll im Abnehmen begriffen sein, sodaß Wilson die Ratifikation durchsetzen würde. Im übrigen äußerte Wilson schwere Sorge wegen der Gestaltung der Dinge in Orien. Das Betrüßnisse hält an. Das japanische Parlament hat die neue Heeres- und Marinevorlage einstimmig angenommen.

Die Regierung wird nach Erledigung der politischen Aussprache in Weimar bleiben. Zwecks Verhandlungen über die Aufnahme von großen Krediten für Anläufe auf deutscher Rechnung sind mehrere deutsche Bankier in England entworfen.

Das Gesetz über die Zahlung der Zölle in Gold soll am 1. August 1919 in Kraft treten.

Am Stelle des im Reichswirtschaftsministerium ausgeschiedenen Unterstaatssekret. v. Moellendorff soll der Eintritt des früheren Friedensbeauftragten Dr. Melchior-Gamburg ziemlich bestimmt in Aussicht stehen.

Die erste Post von Amerika ist angekommen, 400 Postkisten mit 350 000 Briefen, ist am 22. Juli von New York abgegangen.

Die sozialistische Partei Frankreichs hat es abgelehnt bis auf weiteres Verhandlungen mit deutsche und österreichische Genossen zu führen. Dementsprechend läßt sich der Zusammenbruch der Internationale nicht dokumentieren.

Deutsches Reich.

Kredite in Amerika.

WTB. Berlin, 24. Juli. (Drabik.) Verschiedene Blätter nehmen Notiz von einer Meldung aus New York, nach welchem eine deutsche Finanzagentur eine Vereinigung mit einem großen Bankkonzern getroffen habe, wonach ein von der amerikanischen Regierung genehmigtes Darlehen für

den Einkauf von Lebensmitteln und anderen Waren zur Verfügung gestellt werde. Deutschland erhalte vorläufig einen Kredit von mindestens 100 Millionen Dollar, zunächst für eine Frist von 3 Monaten, die jedoch jedesmal verlängert werde.

Hochverratsprozess in Wilhelmshaven

§ Wilhelmshaven, 20. Juli. Geuge Spaniol aus Hamburg soll Auskunfts über die Entdeckung des Brandes geben, der das Geld ergriß, als es zurückerfordert werden sollte. Nach seiner Ansicht hat ein Wachmann eine gefälschte Signalpistole auf die Säcke gelegt, sie heruntergerückt und durch Verdrängen der Säcke losgelassen. Es sind auch angebrannte Scheine und geschmolzene Goldstücke zurückgeliefert worden.

Der Erste Staatsanwalt fragt den Zeugen, ob er etwas davon weiß, daß der Angeklagte Schneider, wie die Anklage behauptet, aus Wut die Leuchtkegel in die Packungen geschleudert habe mit dem Anruf: Da, ihr Hunde!

Der Zeuge hält es für gänzlich ausgeschlossen, und die Angeklagten Schneider und Bock verwarfen sich gegen diese Anschuldigung mit großer Entschiedenheit.

Eine Reihe von Zeugen schildert dann die Vorgänge am 27. Januar nochmals eingehend.

Es wird dann der bekannt gewordene frühere Chef des Sicherheitswesens Dorn vernommen. Er war vier Monate lang in Haft wegen angeblicher Unterstellungen usw., ist aber wieder entlassen und das Verfahren gegen ihn ist niedergebunden worden. Der fälschlich gewordene Angeklagte Tetens hat ihm mitgeteilt, es sollten eine nord-westdeutsche Republik und eine rote Garde gebildet werden. Zeuge hat die Sache hinfallen und verhindern wollen. Er gibt zu, die Berufsoldaten und Kommunisten gegen einander ausgepöbelt, also laziert zu haben, wie er sich ausdrückt. Die Kommunisten haben ihn in seinem Amt durch ein besonderes Schriftstück befristet. Er hat Tetens die Blankoausweise gegeben, von denen einer von Dorn, wie dieser zugibt, mit dem Namen „Horn“ ausgefüllt wurde. Zeuge hat gemeint, Tetens wolle mit den Ausweisen kommunistische Redner nach Wilhelmshaven ziehen. Die Festungspolizei ist nach Ansicht des Zeugen unzulässig gewesen, es habe sie dennoch bestehen lassen.

Am Schluß der Sitzung beantragt der Angeklagte Schneider, auch namens der anderen Angeklagten, die Saffentatlung. Das Gericht lehnt aber diesen Antrag ab. Es halte an sich die Angeklagten nicht für schuldlos, aber sie könnten beeinflusst werden.

§ Wilhelmshaven, 22. Juli

Zeuge Dorn (Chef des Sicherheitswesens) bekennt weiter: Die revolutionären Elemente hätten sich aufgemengeschlossen, weil sie einen Putsch von rechts gefordert hätten. Der Plan des Unternehmens am 27. Januar sei gewesen, in den 2ten Rat andere Mitglieder zu bringen. Daß für Dorn durch Bildung einer roten Garde hinterland geschaffen werden sollte, glaube er nicht. Der Vorliegende hält ihm vor, daß er in der Vorbereitung sich doch damit geäußert habe. Zeuge: Dann wird das richtig sein. Dorn habe ihm auch gesagt, sie wollten ein Torpedoboot zur Verfügung haben, um damit nach England fahren zu können, um Geld zu holen. Daß gegen Oldenburg marschieren werden sollte, weiß der Zeuge nicht. Wenn er noch Chef der Sicherheitspolizei wäre, sähen die Angeklagten nicht auf der Anklagebank. Sie hätten revolutionäre Ideen vertreten und zu verwirklichen gesucht, und das hätten doch Berufsoldaten auch getan. Die Offiziere hätten geäußert, den 2ten Rat zu stützen und Zug zum Präsidenten zu machen. Am 27. Januar seien die Waffendepots von den Berufsoldaten gestürmt worden. Von den Vorgängen am 27. Januar weiß der Zeuge aus eigener Anschauung wenig. Auf seinen Befehl ist die Landwehrmannkaserne umstellt worden, er hat aber angenommen, daß nur auf ausdrücklichen Befehl von den Waffens Gebrauch gemacht werden dürfe. Gegen 6 Uhr sei Gemeldt worden, ein Arbeiter sei beim Entleeren eines Waffendepots durch die Berufsoldaten erschossen oder verumtet worden. Da habe er seinen Posten niedergelegt. Zeuge Dorn gibt den Kommunisten in Wilhelmshaven ein gutes Zeugnis. Sie hätten vorzüglich für Ruhe gefordert, besonders in der Neujahrsnacht. Schon am 17. Januar seien von auswärtigen Kommunisten nach Wilhelmshaven gekommen, er habe sie aber wieder abgelehnt. Von der Gründung einer Nord-westdeutschen Republik sei geredet worden. Angeklagter bestrittet das. Das Gericht beschließt, den Zeugen Dorn zu verurteilen. Er erklärt, sich nicht genau auf die Zeiten in seinen Aussagen festlegen zu wollen, und leistet dann den Eid.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Verfa. Druck und Verlag: Schöner Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Verleger), Bedau.

Zahleidende!!
Zähne werden schmerzlos unter langjähriger Garantie naturgetreu eingesetzt. Plomben in Gold, Porzellan, Amalgam etc. Fast schmerzloses Zahnziehen mittels Lokalanästhesie, Nervenlösen, Zahnreinigung etc. Plattenloser Zahnersatz. Schonendste Behandlung.
Aug. Loewenstein, Zahnpraxis, Lohne i. O.
Sprechstunden jeden Dienstag und Freitag ununterbrochen von morgens 8 bis 1 1/2 nachm. im Hause des Hotels Bitter, Lindenstrasse, Ecke Brinkstrasse.

Lederöf (garant. leerfrei)
Kreuzleinen (reiner Sattl.)
Bogenpeisichen, Stahlpeisichen, Schultornister, Schultaschen (sch. Hühner) über
Reisekoffer, Coupe-Koffer (sch. Vulkanleder),
Kabinenkoffer, Handgarn (zum Säckelstopfen),
Sardinenkordel (Baumwolle),
Summi-Hofentwäger empfiehlt zu billigen Preisen.

Aug. Serhardi,
 Vechta, Telefon 220.

Zu verkaufen ein leichter eleganter

Landauer.

Joh. Delwisch, Vohne. Zu möglichst baldigem Eintritt für kleinen Haushalt tüchtiges

Hausmädchen gesucht. [431]

Bandesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta.

Suche f. meinen Haushalt ein braves nicht zu jung. Mädchen zum 1. Nov. Selbiges auch in Küche und Garten bewandert sein. [433]

Bandesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta.

Braves junges

Mädchen

vom Lande, das Lust für Stadt zeigt, sofort nach Einzug in 1/4. Jahr. Kind u. H. Hilfe in Dami. Deutsch. Ang., pers. Rückfrage jederzeit ert.

Zahlmessler Kratel in Dinklage, Markt, bei Arlinghaus. Durch

Bandesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta.

Landwirt, 31 Jahre alt, kath. sucht sofort oder später Stellung als

Verwalter [428]

im Oldenburg-Münsterl. auf einem Gut von 200-600 Morgen am bestm. d. Pringhal seht. Selbst. kann selbst disponieren u. ist mit allen Zweig. der Landwirtschaft vertraut. Gute Zeugn. u. Empfehl. heb. z. Diensten.

Bandesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta L.O.

Für Möbelschreier B. Kloborn Vechta tüchtige

Tischlergehilfen

auf bessere Möbelarbeit gesucht, hohen Lohn. [423]

Bandesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta.

Der Kriegerheimstättenverein, Ortsgr. Vechta, sucht billige

Kapitalien

für Kriegerheimstätten 4000-5000 Mk. u. 8000 Mk. gegen hypothekarische Sicherheit. Voreintragungen sind nicht vorhanden. Meldung beim

Vorpresidenten O. Spole, Kaplan.

Warnung.

Ich warne jeden vor Ankauf irgend welcher Sachen ohne meine Einwilligung, d. den minderjährigen Kindern der Ww. Joh. Meyer, Wwe. d. Vechta. Werde gegen diesbezügliche Vernehmung strengstens vorgehen.

Der Generalbevollmächtigt. S. Beder.

Achtung. Achtung. Tapeten!!!

Von den einfachsten bis zu den feinsten Sorten sind in großer Auswahl stets im Tapetenlager

Heinrich Jormann, Maler, Lohne, Lindenstr. 36 zu haben.

Billiger Tapetenverkauf.

Rüchtapeten von 1.50-2.50 Mk. Wohnzimmertapeten von 1.90-5 Mk. Schlafzimmertapeten von 1.95-5 Mk.

Ferner sind in großer Auswahl Tapeten für Herrenzimmer u. Salons im Tapetenverhandhaus

Herrn. Rügeberg, Vechta Großstraße 2 zu haben.

Neu eingetroffen:

Knaben-Anzüge.

Nur allerbeste Qualitäten. Sehr preiswert.

M. Schulmann 38 Achternstr. Oldenburg, Achternstr. 38.

Billige Reste-Woche!

Um mit den vielen angefallenen Resten in Kleider-, Blusen- u. Schürzenstoffen etc. zu räumen, verkaufen wir selbige zu und unter Einkaufspreis. - Beachten Sie bitte unser Schaufenster.

Admann & Brockmann, Visbek i. O.

Berammlung

des landwirtschaftl. Vereins Vechta am Sonntag, dem 27. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr in Wohmann's Gasthause zu Langförden.

Tagesordnung:

- 1. Vortrag des Schuldirektors Wernien über das Thema: "Wie wird der Landwirt in Zukunft am besten wirtschaften?"
- 2. Verschiedenes.

Süd-Oldenburger Landbund.

Versammlung des Amtsbundauschusses und Amtsbundvorstandes Vechta am Montag, 28. Juli, nachm. 3 Uhr in Schäfers Hotel zu Vechta (am Sonntag besteht keine Verbindung).

Tagesordnung:

- 1. Regelung der Kaserverhältnisse zwischen dem Amtsbund und den Gemeindebünden; eventl. Wahl eines Geschäftsführers.
- 2. Mitteilungen über Verhandlungen mit dem Oldenburger Landbund.
- 3. Stellungnahme des Südbölg. Landbundes zur Agitation der christlichen Gewerkschaften und zur Frage, ob Richtlinien zu Entwürfen für Normalverträge mit Heuerleuten fest angebracht sind.
- 4. Vorlegung einer Eingabe des Gemeindebundes des Wisbek und evtl. Anschluß des Amtsbundes.
- 5. Entschädigung, Entgegennahme von Anträgen aus den Gemeinden.

Alle Mitglieder des Ausschusses bezw. Vorstandes sowie beratend alle Mitglieder der Gemeindebundvorstände und des Landbundes sind freundlich eingeladen. Schriftliche Einladung erfolgt nicht.

Der Vorsitzende des Amtsbundvorstandes.

Delsaatenanbau

Die Preise für die Ernte 1920 sind erhöht auf:
 Rays . . . Mk. 115.- Rüben . . . Mk. 112.50
 Mohr . . . " 125.- Dotter . . . " 90.- für
 Weinfant . . . " 100.- Senf . . . " 90.- 100 kg
 Hanf . . . " 80.- Federich . . . " 80.-

Stückstofflieferung für den Herbstanbau.
 Für jeden Hektar möglichst 80 Klg., soweit die Bestände reichen.

Delfuhrenrücklieferung.
 40 Klg. auf abgelieferte 100 Klg. Saat; Erhöhung auf 50 Klg. wird angestrebt.

Reichsausschuh für pflanzliche und tierische Öle und Fette (Ernte-Abteilung)
 Berlin NW 7, Unter den Linden 68a.

Küppersbuscher Sparherde

(nech emailliert mit großen Feuerungen) sind in verschiedenen Größen vorrätig. Ferner empfehle:

Weite Eintochgläser, 1/2, 3/4, 1, 1 1/2, 2 Liter, 2.10 Mark.

Original Weß- und Bade-Duplex-Gläser und Apparate.

Emaillierte Eimer, Wannen, Töpfe, Kaffeelampen, Schüsseln, Schöpfköpfe, Teller etc., etc.

Gewichte Dezimal- und Tafelwagen, eij. Gewichte, Waschmaschinen, Rasenwagen, Große Auswahl Korbwaren.

Heinr. Kramer, Wildeshausen.

Achtung!

Heuerleute, Landarbeiter u. ländliche Dienstboten.

Sonntag, den 27. Juli:

öffentl. Versammlung

zu Vechta im Hotel Schäfer gleich nach dem Hochamt.

Tagesordnung:

- 1. Vortrag durch Gewerkschaftssekretär Luid, anschließend freie Aussprache.
- 2. Gründung einer Ortsgruppe.
- 3. Geschlossene Versammlung.

Heuerleute, Landarbeiter und Dienstboten vom Lande erscheint alle ohne Ausnahme, denn es handelt sich um wichtige Standesfragen.

Der Bezirksvorstand des Gewerkschaftsbundes der Heuerleute, Landarbeiter und ländl. Dienstboten im Gesamtverband der Christl. nat. Gewerkschaften.

Lichtbild-Theater Lohne.

Freitag, den 25. und Sonntag, den 27. Juli, abends 8 Uhr.

Der Kuch der alten Mühle.

Drama in 4 Akten. In der Hauptrolle Marika Nobelly.

Sein Modell.

Lustspiel in 2 Akten.

Herstellung der Klein-Elektromotoren.

Nummerierte Plätze bei Herrn Gastamp im Vorverkauf.

Kaufe jeden Posten ausgetümmtes

Frauenhaare

Dr. Schöne, Vechta.

Für das 1000 ha großes Moorgut Ramoloh ländlicher, selbständiger, in Neukulturen erfahrener

Berwalter

gesucht. Wenn verheiratet, müßte Frau den Guts-haushalt führen. [429]

Bandesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta.

Geld

erhalten solide Leute jed. Standes real und dist. vom Selbstgeber. Auskunft erteilt Franz Meute, Cloppenburg 1. D., Hagenweg. Sprachstunden Sonntags von 9-11 vorm. (Rückporto).

Wer tauscht

zudem ein gegen reinen, alten Elangentabak (gute Friedensmarke) oder gegen Weizenmehl. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Bl.

Todes-Anzeige.

Seute nahm der liebe Gott unsere liebe, kleine, unvergeßliche

Antonia

nach 10-tätiger, bestiger Krankheit im zarten Alter von 2 Jahren zu sich in den Himmel.

Die trauernden Angehörigen:

Fam. Herr. Spille.

Einmalige, 23. Juli.

Turnverein Dinklage.

Das diesjährige **Turn- u. Radelportfest**

verbunden mit großem **Schau- und Wettturnen**

unter Mitwirkung der Vereine Badbergen, Cloppenburg, Lohne, Quatenbrück u. Vechta findet am Sonntag, dem 27. Juli 1919 auf dem schön gelegenen Sportplatz in der Nähe des Dicks statt.

— Festzug 1 1/2 Uhr nachmittags. —

Festfolge:

Wettspiele in Faust-, Schlag- u. Schländerball, Dreikämpfe in Frei-, Handgeräts- und Pferdturnen

Mannschaftswettkämpfe in Dreisprung und Einbotelauf, Einzelwettkämpfe in Kugelschießen und Hürdenlaufen.

Großes Schauturnen

der teilnehmenden Vereine an sämtlichen Geräten als: Reß, Barren, Pferd, Sprungtisch, Bod- und Stabhochsprünge.

Während des Schau- und Wettturnens Konzert unter der Leitung des Konzertmeisters Karl Schöneker.

Am Montag, dem 28. Juli, abends 8 Uhr beginnt zu Ehren der Sieger

grosser Festball

im Vereinslokal (Bredel).

Zu zahlreichem Besuche ladet freundlichst ein Der Vorstand.

N.B. Für gute Getränke und Bedienung ist bestens gesorgt.

Tanzkursus in Bafum

Die nächste Uebung findet am Samstag, dem 26. Juli statt.

H. Götthe, Tanzlehrer.

Photogr. Aufnahmen!!

Sin am Sonntag, 27. Juli wieder in Dinklage tätig u. komme von jetzt an jeden letzten Sonntag im Monat nach dort. G. Bodemann, Quatenbrück a. Bahnh. Tel. 51.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Rathschlusse gefallen, gestern morgen 1/2 Uhr meine innigst geliebte Frau, unsere herzengute Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Serh. Rütcher

Rosalia geb. Scheper

zu sich in ein besseres Jenseits abzurufen. Sie starb sanft, nach schwerem, mit größter Geduld ertragenen Leiden, versehen mit den Tröstungen unserer hl. Kirche im 33. Jahre ihres frommen und tätigen Lebens, ganz ergeben in Gottes hl. Willen.

Wir bitten der teuren Verstorbenen im Gebete zu gedenken.

Die trauernden Angehörigen.

Kaplan i. D., Kellerhöhe D. Kloppenburg, Rechterfeld, Nordholland, Hasjellünne, Boitrop, den 23. Juli 1919.

Die Beerdigung findet am Samstag, dem 26. Juli, morgens 11 Uhr statt.

Coll: j. jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche anzusehen zu wollen.

bringen muß. Derjenige Schicht wird in der Demokratie die Zukunft gehören, die sich als die am fähigsten Kraft und am Können und Willen überlegen zeigt. Wir werden voraussichtlich noch erleben, daß es sich als ein Verhängnis für die Sozialdemokratie erweist, daß sie ihre Anhänger nichts anderem entgegengebragt hat als mit einjähriger radikaler Parteipolitik. Niemand ist unfähiger zu schaffen, aufbauender Arbeit als derjenige, der im Glauben an die Allmacht der Verhältnisse seine ganze Hoffnung auf den Umsturz gesetzt und nicht von Grund auf gelernt hat, im kleinen Kreis seiner persönlichen Ummwelt lebendige Gemeinschaft zu schaffen.

Auch die Parteipolitik empfängt ihren Nachdruck aus ihre Durchsetzungsvermögen von kumpfen Massen, sondern von den Persönlichkeiten, welche sie tragen, und von der tieferen Einsicht derjenigen Kreise, welche hinter ihr stehen. Es wäre auch für den Bauernstand nichts verhängnisvoller, als wenn er sich jetzt von kurzfristigen Politikern in eine radikale anti-demokratische Politik begeben ließe, die sich von der radikalen sozialdemokratischen bloß dadurch unterscheidet, daß sie anstelle des glänzenden Zukunftsstaates den glänzenden Vergangenheitsstaat festsetzt, ähnlich wie in Frankreich manche Kreise noch ein Jahrhundert lang für das „Ancien regime“ (Alte Zeit des unumstößlichen Königtums) geschwärmt und dadurch den Einfluß auf die Gestaltung der Dinge vollständig aus der Hand verloren haben.

Der Bauernstand muß vielmehr ernst und vor seinem Bewußtsein überlegen: Wie entwickelt die bäuerliche Gemeinschaft in ihren Gliedern jene tätigen Eigenschaften und jene Tüchtigkeit des Könnens, wovon es mit einer gewissen inneren Notwendigkeit abhängt, ob er in der Demokratie zu maßgebendem politischen Einfluß gelangt und der Volksgemeinschaft auch von seiner Eigenart etwas anprägt? Für heute wollen wir uns schon über soviel klar sein: Es kommt in erster Linie nicht darauf an, daß der Bauernstand der Volksgemeinschaft politische Vorbehalten zur Verfügung stellt, sondern ernste, in harter Arbeit und Tätigkeit gefühlte Männer mit einem Herzen voll Liebe und Verständnis für den eigenen Stand und seine Lebensbedingungen, aber auch für die Gesamtheit des Volkes; Männer, die die Fähigkeit und den Mut haben, in die Zukunft zu schauen, und die tätige Kraft, an der Zukunft mitzugestalten.

Oldenburg.

Zur Frage der Torfverjorgung

Schreibt das Ministerium, daß die Eingabe der Oldenburger Handelskammer an das Ministerium in Sachen der Torfverjorgung, dem Ministerium bisher nicht zu Händen gekommen, auf die aber trotzdem schon kurz eingegangen werden müßte, um die durch das Verbot der Torfproduzenten in Konsumentenkreisen getragene,

Gemeinde Damme.

Am Freitag, dem 25. Juli, nachmittags von 3 Uhr ab Ausgabe von Käse für Mitgliedsverjorgung.

Der Gemeindevorstand.

Lohne, Frühkartoffel-Abnahme
am Dienstag, dem 29. Juli, vormittags. Preis p. Zentner 12 Mk. frei Waggon. Anmeldung bitte sofort.

F. Zerhufen.

Frühkartoffel-Abnahme.
Anfang nächster Woche nehme ich Frühkartoffeln ab und bitte um Anmeldungen spätestens bis zum 26. Juli. Preis pro Zentner 12 Mark.

Holdorf i. O. Aug. Havertamp.

Nächste

Frühkartoffel-Abnahme
am Mittwoch, dem 30. d. Mts. Anmeldungen vorher erforderlich.

Damme. J. F. Veiber.

Frühkartoffel-Abnahme
am Dienstag, dem 29. Juli, vormittags. Preis pro Zentner 12 Mk. Anmeldung unbedingt erforderlich.

Langförden. J. J. Vasie.

Immobil-Verkauf.

Die Eheleute Arnold Tiefing zu Goldstedt-Sittelsde lassen ihre Säuslerstelle, groß reichlich 50 Scheffelsaat mit besten, fast neuen Gebäuden am Montag, dem 28. Juli, nachm. 5 Uhr beim Wirt Jureborg, Lutten zum letzten Male zum Verkauf aussetzen.

Beitia, den 22. Juli 1919.

Herrn Bröring, Aukt.

Knochenmehl

ist angekommen und kann vom Lager abgeholt werden.
Batum. G. Wedmann.

durch solche Eingaben vermehrte Erregung zu mindern. Der Höchstpreis von 650 Mk. für 100 Doppelzentner Vorrat ist nach eingehender Beratung mit Vertretern der Erzeuger- und Verbraucherkreise und in deren Einverständnis vom Ministerium festgesetzt und nur mindestens als völlig ausreichend bezeichnet werden. Wenn nun, wie nach der Eingabe der Handelskammer angenommen werden muß, die Torfproduzenten, deren berufene Vertreter den gedachten Preis als ausreichend anerkannt haben, die Lieferung von Brennholz verzögern, weil ihnen der Preis nicht hoch genug erscheint und weil sie hoffen, den Torf demnächst zu höheren Preisen ausführen zu können, so ist dazu zu bemerken, daß das Ministerium, falls nicht in den alternativen Tagen eine ausreichende Befeuerung der Kommunalverbände und der sonstigen Abnehmer seitens der Produzenten eintritt, unter Herabsetzung des jetzt geltenden Höchstpreises die gesamten bei den Erzeugern und Händlern befindlichen Brennholzmengen beschlagnahmten und sie zunächst den inländischen Kommunalverbänden, event. auch nichtoldenburgischen, zur Deckung ihres Bedarfs zuführen wird. Die Erwägung, daß durch ein solches Verfahren berechtigter Interessen der Produzenten und Händler beeinträchtigt werden würden, kann hier nicht zu Raum kommen, da eine ausreichende und rechtzeitige Befeuerung der Verbraucher zu angemessenen Preisen unter allen Umständen sichergestellt werden soll.
Langen, Ministerpräsident.

Nah und Fern.

Diesingen, 21. Juli. Das schwere Gewitter am Sonnabend war so heftig wie wir es seit Jahren nicht erlebt haben. Hagel ist besonders stark im Dielinger Bruch niedergegangen. Die Früchte auf dem Felde sind vollständig verpfunden. Es ist ein trauriges Bild, das sich dem Beschauer bietet. Glücklicherweise sind die Gefährdeten verschont.

Engter, 21. Juli. Das schwere Unwetter am Sonnabend nachmittags hat die schönen Fluren vielfach in eine Wüste verwandelt. Die Jahresfrüchte von Getreide und Gemüse sind in fünf Minuten zu Grabe getragen. Das Kirchspiel Engter ist schwer betroffen. Auch die Obsternte liegt teilweise am Boden. Einige Besitzer haben fast alles verloren. Durch Hagelversicherung ist wenig gedeckt. Seit Menschengedenken haben wir ein solch schweres Hagelwetter nicht erlebt.

Twistringen, 23. Juli. Zum Parrer von Twistringen wurde Pastor Wellermann in Steinbild (Emsland) ernannt. Er war früher lange Jahre in Bremen als Kaplan an der St. Johannis-Kirche und als Pastor an der Marienkirche tätig.

Verordnung d. Hamburg, 23. Juli. Ein netter Stadtkommandant. Was für Gelehrter von Unabhängigen und Sparsamkeiten, als sie die Macht hatten, zu Beamten gemacht worden ist, steht man an folgendem: Verhaftet wurde der hiesige Schuhmacher Peter Wartsch, der in den Revolutionstagen von Kieler Matrosen als Stadtkommandant eingesetzt wurde. Er steht unter dem Verdacht, zahlreiche Sünden an sich gelockt und deren Fleisch in den Handel gebracht zu haben.

Briefkasten.

Antwort. Eine Leserin teilt uns auf die Anfrage wegen der Verwertung der schwarzen Johannisbeeren noch mit, daß diese Beeren einen guten, wohlnehmenden Saft ergeben, der ein vorzügliches Mittel sei gegen Rheumatismus. Auch bei Rheumatismus sei der Saft vorteilhaft zu verwenden.

A. S. Wisper haben wir eine Veröffentlichung Ihrer Aufschrift doch nicht abgelehnt. Jetzt erübrigt sich allerdings eine Aufnahme.

Veteran. Es ist bisher die Veteranenbeihilfe nach dem Ableben des Veteranen für drei weitere Monate an die Erben weitergezahlt worden.

Wetter-Aussichten

für mehrere Tage im Voraus.
Unberechtigt! Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.
27. Juli: Wolzig, teils Sonne. Strichweis Regen. Nimmlich warm.
28. Juli: Wolzig, Temperatur kaum verändert.
29. Juli: Teils heiter, warm.
30. Juli: Wolzig, teils bedeckt. Strichweis Regen. Warm.
31. Juli: Veränderlich, warm.
1. August: Wenig verändert.
2. August: Teils Sonne, teils Regenfälle. Warm. Windig.

Stimmen aus unserem Leserkreise.

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)

Rundschau am Gymnasium zu Wehla.
Man schreibt uns: Sicherem Vernehmen nach ist am Gymnasium zu Wehla seit kurzem die Rundschau in die Erscheinung getreten. Allerdings soll es sich zunächst nur um eine sog. Hospitantin handeln, die auf Anordnung des Kultusministeriums an verschiedenen Unterrichtsstunden einer Oberklasse teilnimmt. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß dieser erste Schritt nicht ohne Folgen bleiben wird. Ist erst der Anfang gemacht, dann gibt es kein Halt mehr. Nun steht aber ebenfalls fest, daß das Ministerium einer solchen Einrichtung wegen der unerkennbar damit verbundenen Gefahren und Nachteile für Unterricht und gute Sitten in seiner überwiegenden Mehrheit durchaus ablehnend gegenübersteht. Es handelt sich also um eine Verletzung der Befehle des katholischen Volkstelles. Ganz besonders befremdlich aber wäre es, wenn es sich beständen

solle, daß das Oberschulkollegium und das Lehrerkollegium in dieser Sache garnicht befragt, sondern einfach vor die vollendete Tatsache gestellt seien. Es würde sich dann wieder einmal um eine Maßnahme handeln, wie sie unter dem alten Regime so oft beklagt werden mußten, daß nämlich vom grünen Tische aus einfach Anordnungen getroffen wurden, ohne die maßgebenden Stellen, die ein richtiges Urteil zu fällen in der Lage sind, zu Rate zu ziehen. In unserer Zeit sollte man aber mit solchen Anordnungen von oben her besonders vorsichtig sein. Das entspricht dem Geiste der Zeit. Das Kultusministerium scheint aus den neuen Verhältnisse nicht allzu recht wenig gelernt zu haben. Müßig unverständlich aber wäre es, wenn das Oberschulkollegium in einer solchen Frage sollte völlig ausgelassen sein. Wie mir nicht anders möglich, untersteht diesem doch bis jetzt noch die Regelung der Angelegenheiten des kath. Schulwesens.

Literarisches.

Ihre Klieben im Leid! Trostgedanken von Wih. Meißbach S. J. Bezugspreis broschüriert Mark 1.50 inkl. 10% Teuerungszuschlag bei portofreier Zustellung. Verlag Bayerische Volkszeitung, Nürnberg.

Dem Andenken eines lieben, im Sommer 1918 gefallenen Freundes gewidmet will das Büchlein tiefgeprüften Seelen kräftige, echt christliche „Trostgedanken“ bieten, um das Leid nicht bloß mit Geduld zu ertragen, sondern im Geiste Christi zu befragen. So erscheint das Büchlein wahrhaftig gesunden, stehen wir doch mitten in einer gewaltigen Lebenszeit, wie sie die Menschheit vielleicht noch nicht erlebt hat. Leidgeprüften Menschen selber wie nicht minder den Priestern, die beauftragt sind Tröstern ansetzen müssen, wird es recht gute Dienste leisten können. Jeglicher Profane abhold und stets aus den Tiefen des Christentums schöpfernd wird es bei wiederholtem Lesen nur gewinnen; die „Trostgedanken“ wollen ernstlich überdacht werden. — Die Ausstattung ist recht sauber und gefällig.

Das neue kanonische Recht im Reichsfall von P. Heribert Holzapfel, Dr. theol. Mitglied der bayer. Franziskaner-Ordin. 2. verbesserte Auflage. Bezugspreis des Mk. 2.— inkl. 10% Teuerungszuschlag bei portofreier Zustellung. Verlag Bayerische Volkszeitung, Nürnberg. Da die Gruppierung des Stoffes allgemeinen Beifall gefunden hat, blieb sie auch in der neuen Auflage unverändert. Dagegen wurden in einzelnen eine Reihe von Verbesserungen angebracht, besonders im Ehe- und Strafrecht.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Wehla. Druck und Verlag: Wehlaer Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Verleger), Wehla.

Wegzugshalber

läßt Heuermann Joh. Ruder bei Schönfeld in Adrup am

Dienstag, dem 29. Juli, nachm. 4 Uhr öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen:

- 1 milchgebende Kuh, 1 2-jähriges tragendes Rind, 1 ostfrisches Schaf mit Mutterlamm, 2 Schweine, 14 Hühner, 1 Hahn, 2 Gluden mit je 10 Küken, 1 Staubmühle, 1 Schneidelebe, 1 Schiebelle, 1 Schweinelefen, zwei Sensen mit Baum, 1 eigene Urlichte mit Glas, 2 Beistellen, 1 Kommode, 2 Tische, 5 Stühle, 1 Küchenschrank, 2 Ofen, 1 Kochmaschine, 2 Eimachfässer, 1 Kleiderkasten, 1 Paar Reithelme, Garten, Forsten, Schaufeln, Löffel, Eimer, 4000 Pfd. Röhren, 1 Partie eigene Hülsen, 1 Wollen Dreiter, 2 Rollen Säbendruck, 3 Scheffelsaat Roggen, 1 1/2 Scheffelsaat Hafer, 3 Scheffelsaat Karbotten, 1 Scheffelsaat Gersteboden und Kaffi. Der Roggen wird nur an Selbstverjorger in der Gemeinde Esfen verkauft.

Esfen, den 23. Juli 1919.

B. Diekmann, amtl. Aukt.

Empfehle:

Lupinen, Rübsamen, Spörgelsamen.

Dinklage. H. Bröring.

Kaufe laufend jede Posten
Erlen, Birten, Pappeln, Linden und andere Hölzer zu hohen Preisen.

Angebote erbittet
Heinz. Teye, Dinklage, Telefon 48.

Roh-Kaffee
(a Vfd. 10 Mk.) berfindet
Schloßdrogerie
D. Hoffmann, Diepholz.

Zement
in Fässern und Säcken empfiehlt
Hartwig Gräpel, Wetschanderferstr.

Roh-Kaffee
Schloßdrogerie
D. Hoffmann, Diepholz.

Zement
in Fässern und Säcken empfiehlt
Hartwig Gräpel, Wetschanderferstr.

Zement
in Fässern und Säcken empfiehlt
Hartwig Gräpel, Wetschanderferstr.

Differiere echten dänischen

Kautabak
Damme. Heinz. Veiber.

Zu kaufen gesucht eine gute Feldgrane

Hose
nach B. Püttmann, Lohne.

Abgelauene, schlechte

Holz-Fussböden

werden wieder schön mit Theoret-Parke.

In Wasser gelöst, streichfertig, Baret 3.50 Mk. franco

Nachnahme reicht für 3 Zimmer. Viele Anerkennungen.

Mag. Ariger, chemisch-techn. Produkte, Dresden-A. Ziegelstr. 59

Herrn-Gabrrad
mit guter Friedens-Bereifung preiswert zu verkaufen. Von dem Tag der Geschäftsstelle d. Bl.

Sommerprossen
verschwinden.

Auf welche ein. Weise teilt Leidensgenossen unentgeltlich mit Frau Elisabeth Frucht, Hannover 246

Schießtag 238.

Berolin feinste Schokolade befindet an Weberstraße a 100 St. 48.— 50 Dosen 24.—

Mt. Mein Netto Caffa nach Empfehlung der Barren. Bestpreis gemalt. Franz Wente, Cloppenburg i. O.

Wer erstellt etwa in den nächsten 3. Wochen

engl. Unterricht?
Angebote mit Preisangabe unter B. S. Nr. 23 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.